

Solidaritätserklärung

verabschiedet in der Institutsversammlung des Instituts für Geschichte am 9. November 2009.

1. Das Institut für Geschichte bedankt sich bei den protestierenden Studentinnen und Studenten dafür, dass sie die lange anstehenden Fragen der Finanzierung und Gestaltung der Universität Wien zu einer öffentlichen Debatte gemacht haben.
2. Wir erklären uns mit den Forderungen der Studierenden nach staatlicher Ausfinanzierung und Redemokratisierung der österreichischen Universitäten und mit ihrem Protest gegen deren zunehmende Verschulung solidarisch.
3. Wir tragen der aktuellen Situation Rechnung, indem wir die Lehrveranstaltungen und Hörsäle für die Diskussion der Forderungen der Protestbewegung und bildungs- und gesellschaftspolitischer Fragen öffnen.
4. Das Institut für Geschichte und seine Mitglieder diskutieren den Forderungskatalog der Studierenden der HörerInnenversammlung Geschichte vom 28. und 29. Oktober 2009 und tragen die Diskussion auch in die jeweiligen Gremien.